

Inhaltsverzeichnis

1. Deutsche Post DHL Group	
2. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	
3. Deutsche Post-Stiftung	
4. TTIP	
5. European Logistics Platform	
6. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
7. Deutsches Aktieninstitut	
8. European Services Forum	

Deutsche Post

Die Deutsche Post AG (**Deutsche Post**) mit Sitz in Bonn ist das weltweit führende Unternehmen für Logistik und Briefkommunikation. Sie entstand aus der Privatisierung der Behörde Deutsche Bundespost. In der Öffentlichkeit tritt der Konzern unter der Bezeichnung "Deutsche Post DHL Group" auf. Im Jahr 2020 erzielte der Konzern einen Umsatz von mehr als 66 Milliarden Euro und beschäftigte rund 570.000 Mitarbeiter*innen in über 220 Ländern und Territorien.^[1]

Leiter der Berliner Konzernrepräsentanz der Deutschen Post ist **Oliver Rösler**, der zuvor für die CDU als Bereichsleiter für Marketing und Interne Kommunikation tätig war.^[2]

Den Posten von Rainer Wend (ehem. SPD) als Cheflobbyist in Berlin hat mit Volker Ratzmann ein weiterer Ex-Politiker (Die Grünen) übernommen. Ratzmann war zuvor baden-württembergischer Staatssekretär und Dienststellenleiter und Leiter der Abteilung Politische Angelegenheiten der Vertretung des Landes Baden-Württemberg, sowie für die Grünen im Abgeordnetenhaus in Berlin.^[3]

Seit 2017 ist Daniel Holefleisch, Ehemann von Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock als Lobbyist für die Deutsche Post tätig. Seinen Posten als "Senior Expert Corporate Affairs" in der Konzernrepräsentanz in Berlin will er im Falle eines Wahlsieges nach eigener Aussage aufgeben.^{[4][5]}

In Brüssel ist der ehemalige SPD-Ministerpräsident von Schleswig Holstein Torsten Albig seit 2017 als Lobbyist für den Konzern beschäftigt. Er ist damit Nachfolger von Christian Dürig, der in den 90ern Bundesgeschäftsführer der CDU war.^[6] Mitra Qurban, seit 2018 Director of Public Affairs in Brüssel, hat bis zu ihrem Wechsel zur Deutschen Post im Jahr 2011 bei "Netzwerk Berlin", einem Zusammenschluss von SPD-Abgeordneten gearbeitet.^[7]

Deutsche Post AG bzw. Deutsche Post DHL Group

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	Logistik
Hauptsitz	Charles-de-Gaulle-Str. 20, Bonn
Lobbybüro Deutschland	Friedrichstraße 82, Berlin
Lobbybüro EU	Avenue d'Auderghem 22-28, Brüssel
Webadresse	www.dpdhl.com

Inhaltsverzeichnis

1 Sponsoring	3
2 Einflussnahme auf die Arbeitsmarktpolitik über das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)	3
3 Struktur und Akteure	3
3.1 Vorstand der Deutschen Post AG	3
3.2 Aufsichtsrat der Deutschen Post AG	3
3.3 Lobbyist:innen	3
4 Mitgliedschaften	4
5 Weiterführende Informationen	4
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
7 Einzelnachweise	4

Sponsoring

Die Deutsche Post AG DHL Group darf laut Parteiengesetz nicht an Parteien spenden, da sie noch teilweise Staatskonzern ist. Das Sponsoring beispielsweise von Parteitagen ist aber bisher nicht geregelt.^[8] So wurden 2018 die SPD „Führungsakademie soziale Demokratie“ und der Parteitag von der Deutsche Post DHL mit 20.000 Euro mitfinanziert. Ebenso bekamen die FDP und die CDU und CSU finanzielle Unterstützung für Parteitage, allerdings ohne Angabe über die Höhe. Auch die Grünen erhielten Unterstützung für ihre Bundesdelegiertenkonferenz, mit 3.250 Euro jedoch verhältnismäßig wenig.^[9]

Einflussnahme auf die Arbeitsmarktpolitik über das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Die [Deutsche Post-Stiftung](#), eine Stiftung der Deutschen Post, ist alleiniger Gesellschafter und Hauptfinanzier des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA). Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG, [Klaus Zumwinkel](#). Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber:innen, zu denen auch der Post-Konzern gehört: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[10] Seit 2016 leitet Hilmar Schneider das IZA. Sein Vorgänger Zimmermann forderte, auch den Arbeitsmarkt in das Freihandelsabkommen [TTIP](#) einzubeziehen.^[11]

Struktur und Akteure

Die Deutsche Post AG ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft. Die Anteile der die Bundesrepublik Deutschland wurden in den vergangenen Jahren an die KfW übertragen mit dem Ziel, die Deutsche Post vollständig zu privatisieren.^[12]

Vorstand der Deutschen Post AG

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Frank Appel](#) (Vorstandsvorsitz). Ihm untersteht u.a. der Zentralbereich "Politik & Regulierungsmanagement"

Aufsichtsrat der Deutschen Post AG

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

Lobbyist:innen

Wichtige Lobbyist:innen sind:

- [Oliver Rösler](#), Leiter der Berliner Konzernrepräsentanz
- [Alexander Kirschall](#), Leiter der EU-Repräsentanz, Vorsitzender der Steuerungsgruppe ("Steering Committee") der [European Logistics Platform](#)
- [Mitra Qurban](#), "Director of Public Affairs" in Brüssel
- [Torsten Albig](#), Brüssel, "Vice President Corporate Representation"

- [Daniel Holefleisch](#), Public Affairs, Berlin

Ehemalige

- [Rainer Wend](#), Zentralbereichsleiter Politik und Unternehmensverantwortung

Cheflobbyist bis 2020. Der SPD-Politiker [Rainer Wend](#) war bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und bis 2005 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit. Wend war bis 2018 Präsident des Netzwerks [Europäische Bewegung Deutschland](#) und war Kurator der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[13] Wends Posten hat Volker Ratzmann (Grünen) übernommen.

Mitgliedschaften

Die Deutsche Post ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [Alliance for European Logistics](#) (AEL)
- [Association for European Airlines](#) (AEA)
- [Deutsches Aktieninstitut](#) (DAI)
- [European Logistics Platform](#) (ELP)
- [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- [European Express Association](#) (EEA)
- [European Multi-Channel and Online Trade Association](#) (EMOTA)
- [European Services Forum](#) (ESF)
- [Federation of European Direct and Interactive Marketing](#)] (FEDMA)

Weiterführende Informationen

[Angaben im EU-Transparenzregister](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Daten & Fakten, Webseite pdhl](#), abgerufen am 21. 05. 2021
2. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021
3. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021
4. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021
5. ↑ [n-tv: Falls Baerbock Kanzlerin wird: Ehemann wäre Vollzeit-Vater](#), n-tv vom 16. 05. 2021, abgerufen am 21. 05. 2021
6. ↑ [Elisabeth Niejahr: Die Seitenwechsler des Jahres, Wirtschaftswoche vom 19.12.2017](#), abgerufen am 21. 05. 2021
7. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021

8. ↑ Albert Funk: Modell Bahn: Wie Parteien Geld vom Staatskonzern bekommen. Der Tagesspiegel vom 22. 07. 2020 abgerufen am 21. 05. 2021
9. ↑ abgeordnetenwatch: Lobbyismus auf Parteitagen vom 12. 03. 2020 abgerufen am 21. 05. 2021
10. ↑ Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe, Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
11. ↑ Klaus F. Zimmermann: Wie frei ist unsere Welt?, Capital online vom 13. 06. 2013, Webseite abgerufen am 19. 02. 2014
12. ↑ Beteiligung des Bundes: Deutsche Post AG, abgerufen am 21. 05. 2021
13. ↑ politik&kommunikation vom 10. 01. 2020, abgerufen am 21. 05. 2021

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform	gGmbH
Tätigkeitsbereich	Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	6
2 Organisationsstruktur und Personal	6
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	6
2.2 Geschäftsführung	6
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	7
2.4 Policy Fellows	7
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	7
4 Lobbystrategien und Einfluss	8
5 Fallstudien und Kritik	8
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	8
6 Weiterführende Informationen	9
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
8 Einzelnachweise	9

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post](#) AG und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

[Klaus F. Zimmermann](#) war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur

initiiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnssektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.^[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich faktenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^{[19] [20]}

Weiterführende Informationen

Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ Hans Leyendecker: [Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension](#), Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches](#), [Webseite IZA](#), abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden?](#) LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014

Deutsche Post-Stiftung

Stifterin der 1996 gegründeten **Deutschen Post Stiftung** war die [Deutsche Post DHL Group](#), die sich zu laufenden finanziellen Zuwendungen verpflichtet hat, um eine angemessene finanzielle Ausstattung der Stiftung sicherzustellen.^[1] Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung ist der ehem. Vorstandsvorsitzende der [Deutsche Post AG](#), [Klaus Zumwinkel](#), der zugleich Präsident des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) ist. Der Vorsitzende des Stiftungskuratoriums ist ein ehem. Vorstandsvorsitzender der [Deutsche Post DHL Group](#).

Die Stiftung hat zunächst das [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) gegründet und später das „Institute on Behavior & Inequality“ (briq) und das „Institute Environment & Sustainability“ (SUN) ins Leben gerufen. Damit unterstützt die Stiftung Forschung auf den Gebieten der Arbeitsmärkte, der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens sowie dem Gebiet menschlichen Verhaltens in wirtschaftlichen Situationen und der Ungleichheit.

Deutsche Post Stiftung

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform gemeinnützige Stiftung

Tätigkeitsbereich Die Stiftung ist alleinige

Gesellschafterin des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)

Gründungsdatum 1996

Hauptbüro

Schaumburg-Lippe-Str. 9, 53113 Bonn

Lobbybüro

<text>

Webadresse

[deutsche-post-stiftung.org](#)

Inhaltsverzeichnis

1	Transparenz	10
2	Organisationsstruktur und Personal	10
2.1	Vorstand und Kuratorium	11
2.2	Wissenschaftlicher Beirat	11
3	Geschäftsführung der von der Post-Stiftung gegründeten Gesellschaften	11
4	Abhängigkeit von der Deutschen Post AG	12
5	Finanzierung	13
6	Weiterführende Informationen	13
7	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
8	Einzelnachweise	13

Transparenz

Über die 1996 gegründete Deutsche Post Stiftung, deren Adresse mit der des IZA übereinstimmt, war lange Zeit wenig bekannt. Sie hatte zunächst keine eigene Webseite und keine gelistete Telefonnummer. Der Stiftungszweck wird im Stiftungsverzeichnis für das Land NRW nichtssagend mit "Wissenschaft und Forschung - allgemein Sonstige Zwecke - allgemein" beschrieben.^[2] Auf der 2015 eingerichteten Webseite wurde eine Telefonnummer genannt, unter der ein Anrufbeantworter mitteilte, man könne sich mit Fragen per E-Mail an eine Officemanagerin wenden.^[3] Zunächst gab es auch keine Angaben über die Finanzen und die Mitglieder des Kuratoriums. Inzwischen zeigt sich die Stiftung erheblich transparenter.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Kuratorium

Die Stiftung wird vom Vorstand und dem Kuratorium gesteuert.

Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung ist [Klaus Zumwinkel](#), Präsident des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA), bis 2008 Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post AG](#) (Rücktritt nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung)

Mitglieder des Kuratoriums sind (Stand: April 2022)^[4]:

- Hans-Dieter Petram, Vorsitzender, ehem. Vorstandsmitglied [Deutsche Post DHL Group](#)
- Wilfried Boysen, Finanzinvestor, von 2004-2014 Aufsichtsrat der Deutschen Postbank, die bis 2010 eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post AG](#) war^{[5][6]}
- Edgar Ernst, Präsident Deutsche Prüfungsstelle für Rechnungslegung, ehem. Vorstandsmitglied Deutsche Bundespost Postdienst/[Deutsche Post AG](#)^[7]
- Herbert A. Henzler, Unternehmensberater, langjähriger Chairman von McKinsey Deutschland und McKinsey Europe^[8] Er gehört wie der Stiftungsvorstand, IZA-Präsident und ehem Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG, Zumwinkel, dem Karriere-Netzwerk der ehemaligen McKinsey-Mitarbeiter an.^[9]
- Wolfgang Hölters, Rechtsanwalt, jahrelanger Berater [Deutsche Post AG](#)^[10]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des 11-köpfigen Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar sind. Diesem gehören neben Wissenschaftlern an:

- Ida Auken, Abgeordnete der dänischen Sozial-Liberalen Partei und ehemalige Umweltministerin Dänemarks
- Jürgen Kluge, Business Consultant, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[11]
- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Frank Weise (CDU-Mitglied), ehem. Leiter der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Geschäftsführung der von der Post-Stiftung gegründeten Gesellschaften

Das [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA), das [Institute on Behavior & Inequality](#) (briq) und das [Institute Environment Sustainability](#) (SUN) sind von der Post-Stiftung in der Rechtsform gemeinnütziger GmbHs gegründet worden. Geschäftsführer und damit gesetzlicher Vertreter ist in allen drei Instituten [Martin C. Clemens](#), der bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der [Deutsche Post DHL Group](#) tätig war.^[12] Auch dies ist ein Hinweis auf die Nähe der Institute zum Post-Konzern.

Geschäftsführer der drei Institute sind:

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

- Hilmar Schneider, Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor)
- **Martin C. Clemens**, Kaufmännischer Geschäftsführer

Institute on Behavior & Inequality (brig)

- Armin Falk, Vorsitzender der Geschäftsführung.^[13] Falk ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn und leitet das dort angesiedelte Center for Economics and Neuroscience.
- **Martin C. Clemens**, Kaufmännischer Geschäftsführer^[14]

Institute Environment & Sustainability (SUN)

- **Martin C. Clemens**, Geschäftsführer^[15]

Abhängigkeit von der Deutschen Post AG

Stifterin der Deutsche Post Stiftung war die Deutsche Post DHL, die zu den größten deutschen Arbeitgebern zählt.^[16] Gleichwohl bezeichnet sich die Deutsche Post Stiftung als eine selbständige gemeinnützige Stiftung, die „unabhängig von ihrer Stifterin, der Deutsche Post DHL arbeitet“.^[17] Die Stiftung, ihre Organe sowie ihre der Förderung der Allgemeinheit dienende Tätigkeit sei nicht von Unternehmensinteressen gesteuert. Die Unabhängigkeit der Deutsche Post Stiftung sei schon bei der Gründung festgelegt worden.

Die Stiftung ist von der [Deutsche Post AG](#) unter ihrem damaligen Vorstandsvorsitzenden Klaus Zumwinkel im Frühjahr 1998 gegründet worden, um über diese das [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) zu schaffen. In der Präambel des Gesellschaftsvertrags des “Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH“ wird die Deutsche Post Stiftung als eine “Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland“ bezeichnet.^[18] Bis zum Jahr 2015 bestand die einzige Aktivität der Stiftung in der Gründung und dem Betrieb des IZA. Dieses Projekt war keine Privatidee von Zumwinkel; die Initiative ging vielmehr von der [Deutsche Post AG](#) aus.^[19] Die für die [Deutsche Post AG](#) Verantwortlichen haben die Deutsche Post Stiftung gegründet, um sich mit der Entwicklung der Arbeitsmärkte auseinanderzusetzen.^[20]

Seit ihrer Gründung ist Klaus Zumwinkel, der damalige Vorstandsvorsitzende der [Deutsche Post AG](#), Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung. Schon diese Verbindung erlaubt es der [Deutsche Post AG](#) bei der Stiftung ihren Willen durchzusetzen. Dies gilt zumindest bis zum Rücktritt von Zumwinkel als Vorstandsvorsitzender der [Deutsche Post AG](#) im Jahre 2008. Beim Zielobjekt der Stiftungsaktivitäten, dem IZA, ist Zumwinkel Präsident. Auch die Besetzung der Führungsposition in allen drei Organisationen durch Post-Chef Zumwinkel weist darauf hin, dass es der [Deutsche Post AG](#) bei der Gründung der Stiftung und des IZA darauf ankam, eine einheitliche Leitung sicherzustellen. An der grundlegenden Funktion der Stiftung hat sich auch durch den Rücktritt von Zumwinkel als Vorstandsvorsitzender der [Deutsche Post AG](#) nichts geändert. Sowohl beim IZA als auch bei den später nach dem gleichen Modell gegründeten Instituten brig und SUN ist **Martin C. Clemens**, der in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der [Deutsche Post DHL Group](#) tätig war, Geschäftsführer.

Bis heute haben die Stiftungsvertreter eine große Nähe zur Deutschen Post. Neben Zumwinkel sind zwei weitere Kuratoriumsmitglieder ehemalige Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglieder von Unternehmen des Post-Kozerens, ein Mitglied ist ein langjähriger Berater der [Deutsche Post DHL Group](#) und ein Mitglied ist ein Freund von Klaus Zumwinkel aus gemeinsamen McKinney-Zeiten.

Auffällig ist daran auch, dass im Stiftungskuratorium nur Unternehmensvertreter sitzen, die Arbeitnehmerseite ist nicht repräsentiert. Dabei unterstützt die Stiftung Forschungen auf dem Gebiet der Arbeitsmärkte, auf denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oft unterschiedliche Interessen vertreten. Bei einer wirklich interessenunabhängigen Förderung der Arbeitsmarktforschung läge es jedoch nahe, Personen in das Stiftungskuratorium zu entsenden, die sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerseite vertreten.

Klaus Zumwinkel vergleicht seine Rolle beim IZA mit der eines Aufsichtsratsvorsitzenden, der sich nur um strategische und grundsätzliche Fragen kümmere und sich nicht in das Tagesgeschäft einmische. Nach Recherchen des Bonner General-Anzeigers ist dagegen aus internen Quellen zu hören, dass sich Zumwinkel tatsächlich stark ins Tagesgeschäft des IZA einmische.^[21]

Die Behauptung, nach der die Unabhängigkeit der Stiftung von der Deutschen Post DHL schon bei der Gründung festgelegt worden ist, wird nicht belegt.

Finanzierung

Das Grundstockvermögen der Stiftung bestand zum Zeitpunkt ihrer Errichtung aus 5 Mio. DM. Sie erhält zusätzlich von der [Deutsche Post DHL Group](#) seit ihrer Errichtung bis zum Jahre 2022 jährliche finanzielle Zuwendungen, die vertraglich in folgender Formel festgelegt sind: „Die Höhe der Spende berechnet sich damit nach dem jeweils höheren Betrag von einem Viertel von einem Promille der Umsatzerlöse oder einem Drittel von einem Promille des Personalaufwandes.“ Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro. Aufgabe der Stiftung ist es, aus den Zuflüssen ein Stiftungskapital aufzubauen und ausreichende Erträge zu erwirtschaften, um auch nach dem Auslaufen der institutionellen Förderung durch die Deutsche Post DHL eine dauerhafte und nachhaltige Stiftungsarbeit zu ermöglichen.

Derzeit wendet die Stiftung rund 93% ihrer Mittel für die Finanzierung ihrer drei Institute auf; 7% fließen in Projekte, die den philanthropischen Zielen der Stiftung entsprechen.

Quelle: Webseite der Stiftung^[22]

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 04.07.2017
2. ↑ [Stiftungsverzeichnis für das Land NRW, Ordnungsnummer 96/23](#), Webseite abgerufen am 25. 02. 2015
3. ↑ [Norbert Härig: Zumwinkels Post- Stiftung Ein Hauch von Transparenz](#), Handelsblatt online vom 14. Februar 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
4. ↑ [Leitung und Organe](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 03.04.2022
5. ↑ [Wilfried Boysen](#), relationshipscience.com, abgerufen am 03.07.2017

6. ↑ [Geschichte der Postbank](#), postbank.de, abgerufen am 03.07.2017
7. ↑ [Lebenslauf](#), frep.info, abgerufen am 02.07.2017
8. ↑ [Erfolge und ihr Geheimnis](#), mci.edu, abgerufen am 03.07.2017
9. ↑ [Wer die Deutschland AG steuert](#), 18.10.2002, manager-magazin.de, abgerufen am 03.07.2017
10. ↑ [Profil](#), jonesday.com.de, abgerufen am 03.07.2017
11. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
12. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
13. ↑ [Strategische Neuausrichtung des IZA](#), iza.org vom 15.12.2015
14. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
15. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
16. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 05.07.2017
17. ↑ [Leitung und Organe](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 05.07.2017
18. ↑ [Amtsgericht Bonn, HRB 7745](#), abrufbar über Gemeinsames Registerportal der Länder
19. ↑ [15 Jahre IZA, Vorwort](#), Webseite des IZA, abgerufen am 25. 02. 2015
20. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 16.10.2017
21. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
22. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 08.07.2017

TTIP

Weiterleitung nach:

- [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#)

European Logistics Platform

Die **European Logistics Platform** (ELP) ist eine [Intergroup](#), die nicht beim [EU-Parlament](#) registriert ist.

European Logistics Platform

Rechtsform	nicht rechtsfähiger Verein (Association de fait)
Tätigkeitsbereich	Intergroup der Logistik-Branche
Gründungsdatum	2013
Hauptsitz	Rue du Commerce 77, Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro	
EU	
Webadresse	www.european-logistics-platform

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	15
-------------------------	----

2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	15
2.1 Steuerungsgruppe ("Steering Committee")	15
2.2 Sekretariat	15
2.3 Beirat	15
2.4 Mitglieder	16
3 Weiterführende Informationen	16
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
5 Einzelnachweise	16

Kurzdarstellung

Die 2013 gegründete ELP ist im [EU-Transparenzregister](#) eingetragen, jedoch nicht beim [EU-Parlament](#) registriert.

Mitglieder sind Unternehmen und Verbände aus der Logistikbranche und Abgeordnete des EU-Parlaments. Laut ihrer Webseite besteht ihr Zweck darin, politische EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen der Industrie zusammen zu bringen. Die ELP verschafft LobbyistInnen die Möglichkeit, EU-Parlamentariern und Vertretern der EU-Kommission in den Räumen des Europäischen Parlaments ihre Sichtweise zu den Rahmenbedingungen der europäischen Logistikindustrie darzulegen. Bei den Veranstaltungen tritt jeweils ein Abgeordneter als Gastgeber ("host") auf.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Steuerungsgruppe ("Steering Committee")

Mitglieder der Steuerungsgruppe sind^[1]:

- [Alexander Kirschall](#) (Vorsitzender), Leiter der EU-Repräsentanz in Brüssel der [Deutschen Post DHL](#)
- [Nicolette Van der Jagt](#) (Stellv. Vorsitzende), Generaldirektorin des europäischen Speditionsverbands [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- [Julian Böcker](#) (Schatzmeister), Pressesprecher Duisburger Hafen AG

Sekretariat

Das Sekretariat der ELP ist beim europäischen Speditionsverband [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT) angesiedelt, der sich um die Logistik kümmert.

Beirat

Deutsche Mitglieder des Beirats ("Advisory Board") sind^[2]:

- [Axel Voss](#) (CDU/EVP), Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
- [Dieter-Lebrecht Koch](#) (CDU/EVP)
 - Mitglied der Intergroup on [Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development](#)
 - Mitglied des Vorstands des [European Transport Safety Council](#) (ETSC)
- [Michael Cramer](#) (Bündnis 90/Die Grünen/Freie Europäische Allianz), Mitglied des Vorstands des [European Transport Safety Council](#) (ETSC)

- [Markus Ferber](#) (CSU/EVP)
 - Stellv. Vorsitzender der [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
 - Mitglied von [Transatlantic Policy Network](#) und [Sky and Space](#)
 - Mitglied des Beirats der [K & S Consultants](#) AG und des Sparkassenverbands Bayern
- [Andreas Schwab](#) (CDU/EVP), ist Mitglied von: [European Internet Forum](#), [Sky and Space](#), [Kangaroo Group](#), [Transatlantic Policy Network](#)
- [Gesine Meissner](#) (FDP/Allianz der Liberalen), Vorsitzende der Intergrup [Seas, Rivers, Islands, Coastal Affairs](#)

Mitglieder

Mitglieder sind ^[3]:

- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- [Amazon](#)
- [Community of European railway and infrastructure companies](#) (CER)
- [Deutsche Bahn](#) (DB Mobility Networks Logistics)
- [Deutsche Post DHL](#)
- [Duisport](#)
- [FERRMED](#)
- [International Road Transport Union](#) (IRU)
- [Michelin](#)
- [Transport en Logistiek Nederland](#) (TLN)
- [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- [Association of European Vehicle Logistics](#) (ECG)
- [Nordic Logistics Association](#)
- [Volvo Group](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft](#) (BDL)
- [European Shippers Council](#) (ESC)
- [European Rail Flight Association](#) (ERFA)

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. [↑ Contact](#), Webseite European Logistics Platform, abgerufen am 06.11.2015

2. ↑ [Advisory Board](#), Webseite ELP, abgerufen am 07. 11. 2015
3. ↑ [Members](#), Webseite European Logistics Platform, abgerufen am 06. 11. 2015

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1]

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von [Gesamtmetall](#) zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA).

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	18
-------------------------------	----

2	Eingeschaltete Agenturen	19
3	Ziele	19
4	Organisationsstruktur und Personal	20
4.1	Geschäftsführer	20
4.2	Prokurist	21
4.3	Kommunikationschef	21
4.4	Public Affairs	21
4.5	Lobbyist.innen	21
4.6	Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	21
4.7	Beirat	21
4.8	Kuratorium	21
4.9	Botschafter	22
4.10	Wissenschaftliche Beratung	25
4.11	ÖkonomenBlog	25
4.12	Förderverein	25
5	Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	26
5.1	Kampagnen	27
5.2	Aktivitäten zu Bundestagswahlen	28
5.3	Studien	28
5.4	Reformbarometer/Rankings/Monitore	28
5.5	Veranstaltungen	29
5.6	Fernsehen und Hörfunk	29
5.7	Medienkooperationen	29
5.8	Unterrichtsmaterialien und Bildung	29
5.9	Weitere mediale Mittel	29
6	Kritik an der INSM	30
6.1	Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	30
6.2	Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	30
6.3	Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz	31
6.4	Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	31
6.5	Verhältnis zu den Medien	31
6.6	Eigene Außendarstellung der INSM	32
6.7	Schleichwerbung	33
6.8	Einschüchterung von Medien	33
6.9	Einwirkung auf Suchmaschinen	33
6.10	Falsche Darstellung von TTIP-Studien	33
6.11	Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	33
7	Zitate	33
8	Weiterführende Informationen	34
9	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34
10	Einzelnachweise	34

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter

der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr /INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirksamkeit über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe

durch Selbsthilfe““. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[19]

Ehemalige Geschäftsführer^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023)^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Lobbyist.innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon](#)
[Berg](#) [vent für Deutschland](#)

er

Chri

stop

h

Bur

man

n

Dom

iniqu

e

Döttl

ing

Flori

an

Gers

ter

Mart

in

Kan

negi

eßer

Otm

ar

g

Osw

ald

Metz

Die Familienunternehmer - ASU

ger

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband](#)
[Aren](#) [der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen](#)
[d](#) [Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der
[Oetk](#) CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung

er deutscher Kernkraftwerke

Walt

her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im

Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

mba

Karl-

Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Fri](#)

z [edrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der

Paqu Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum](#)

Raff [Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der Union Investment Privatfonds GmbH,

elhü Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der

sche Kommission Alterssicherung^[28]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company

Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied

enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

rg

Ran

dolf Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war

in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem

Rod INSM-Finanzier [Gesamtmetail](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#)

enst

ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU),

Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der](#)

Sch [CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana](#)

weic

kart

Jürg

en

Star

k

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied

Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des

Stra Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-ubha Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
ar

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na
me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Friedric](#)
[ulf h-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist Mitglied des
Bari Kuratoriums der Stiftung [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie](#)
[ng Gesellschaft](#)

Mar
ie-

Luis (siehe Förderverein)
e

Döt
t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied verstorben
hoff der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic
hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo
s

Pau ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August](#)
I [von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine
Kirc Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben
hho großer Vermögen" entlastet^[30]
f

Ebe

rharPräsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.
Rolf Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der](#)
Peff [gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher](#)
eko [Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats
ven der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [D](#)
[Z BANK AG](#)

trat im Dezember

Christine Schaele	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting	2004 aus der INSM aus ^[31] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[32]
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. ^[33]	am 18. März 2016 verstorben
Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[34]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das **Institut der deutschen Wirtschaft**, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach ^[35] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind **hier** abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des **Institut der deutschen Wirtschaft**, Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden. ^[36] Liquidator war **Oswald Metzger** (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- **Hans Tietmeyer** (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)

- **Florian Gerster** (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- **Johanna Hey**, Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- **Friedrich Merz**, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- **Carl-Ludwig Thiele**, Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät [Hengeler Mueller](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Gesellschafter der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende [Bund Katholischer Unternehmer](#), Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden [PR-Agenturen](#) eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerech durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik^[44] richtet sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom.^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen

wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nach wie vor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der **Bildungsmonitor** INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFTSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen](#); [Markenverband](#); [Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie](#); [VDM Verband Deutscher Metallhändler](#); [VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer](#); [VdR – Verband der deutschen Rauchtabakindustrie](#); [VKE-Kosmetikverband](#); [WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.](#); [Wirtschaftsvereinigung Metalle](#); [ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe](#); [Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks](#); [ZVEI Die Elektroindustrie](#)

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende „Staatsreligion“ betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen „Verbote“ wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des „Mundtot-Machens“ zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ – eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier".^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[75] kritisiert ein Verschimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf

angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen.“ Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrascht angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar^[85]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin^[86]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells"^[87].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den

Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ *Wer trägt die INSM?*, insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ *Trau schau wem*, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ *#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf*, suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ *Pressemitteilung vom 31.01.2019*, abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ *Etwas mehr Qualität, bitte!*, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ *Alles über die INSM*, insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017

9. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
14. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
16. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
21. ↑ [\[Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg\]](#), Abruf am 24.02.2023
22. ↑ [Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln](#), Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ Speth: Strategien, S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006](#), Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021

42. ↑ [3], Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [4], Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [5], insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [6], insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ [https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie, insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [7], Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
48. ↑ [8], Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [9], Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [10], Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ Wahlarena 2017, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ Wie gerecht ist Deutschland?, 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie www. uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [11], insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ WELTZUKUNFTSDEBATTE, insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
57. ↑ Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011
58. ↑ Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke
59. ↑ [12], Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021]
60. ↑ Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
61. ↑ [13] KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021]
62. ↑ Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
63. ↑ Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
64. ↑ Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
65. ↑ Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
66. ↑ [14], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
67. ↑ [15], 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021
68. ↑ [16], Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [17], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [18], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [19], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021

72. ↑ [20] Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021
73. ↑ Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
74. ↑ Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
75. ↑ Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
76. ↑ Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
77. ↑ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
78. ↑ [21], Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021
79. ↑ epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.
80. ↑ Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.
81. ↑ Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.
82. ↑ Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
83. ↑ Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
84. ↑ Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ 12 Fakten zur Klimapolitik INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Deutsches Aktieninstitut

Das **Deutsche Aktieninstitut** (DAI) ist der Interessenverband der Unternehmen und Institutionen, die am deutschen Kapitalmarkt aktiv sind (Aktiengesellschaften, Banken und Finanzdienstleister, Börsen sowie Anwaltskanzleien und Beratungsunternehmen). Seine rund 200 Mitglieder repräsentieren rund 90 Prozent der Marktkapitalisierung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften.^[1] Im Interesse seiner Mitglieder nimmt er insbesondere auf die Umsetzung von Gesetzen und anderen regulatorischen Vorhaben mit Kapitalmarktbezug in Deutschland und Europa Einfluss.^[2] Das DAI ist in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins organisiert, der laut § 4 der **Satzung** den Charakter eines Berufsverbands hat.

Deutsches Aktieninstitut

Rechtsfo	eingetragener Verein
rm	
Tätigkeit	Denkfabrik und Lobbyorganisation
sbereich	börsennotierter Aktiengesellschaften
Gründun	1953
gsdatum	
Hauptsit	Senckenberganlage 28, 60325
z	Frankfurt/Main
Lobbybü	
ro	
Lobbybü	Rue Marie des Bourgogne 58, 1000
ro EU	Bruxelles

Zu den Präsidiumsmitgliedern gehörte zeitweise auch Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, die in Deutschland - gemeinsam mit der BaFin - für die Bankenaufsicht zuständig ist.^{[3][4]} Auch seine Vorgänger waren Mitglieder des Präsidiums.

Deutsches Aktieninstitut

Webadre www.dai.de
sse

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	38
1.1	Aktivitäten	38
1.2	Lobbyisten und Lobbyausgaben	39
1.3	Arbeitskreis "Roundtable European Affairs"	40
1.4	Arbeitskreis "Corporate Finance/Treasury"	40
1.5	Projektgruppe Investitionsschutz	40
1.6	Wichtige Studien	40
1.7	Deutsch-Französisches Forum für Führungskräfte und Investoren	40
2	Fallstudien und Kritik	41
2.1	Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	41
3	Organisationsstruktur und Personal	41
3.1	Geschäftsführung	41
3.2	Präsidium und Vorstand	42
3.3	Mitglieder	42
3.4	Wissenschaftlicher Beirat	42
4	Weitergehende Informationen	42
5	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
6	Einzelnachweise	43

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Das im Jahr 1953 als "Arbeitskreis zur Förderung der Aktie" gegründete Deutsche Aktieninstitut (DAI) unterstützt Unternehmen bei der Bewertung regulatorischer Entwicklungen im Kapitalmarktbereich und vertritt ihre Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern.^[5] Der Kapitalmarkt ist der Finanzmarkt für mittel- und langfristige Kapitalbeschaffung, zu dem u.a. der Aktienmarkt gehört. Das Institut spricht sich im Interesse der Mitglieder gegen ein überregulierendes und überreguliertes Europa aus.^[6] Es unterhält Kontakte zu den Akteuren in Politik, Ministerien, Aufsichtsbehörden sowie zu Medien und der Öffentlichkeit. In Brüssel, wo die wichtigen Rahmenbedingungen für die Kapitalmärkte geschaffen werden, ist das Institut aktiv im Austausch mit dem EU-Parlament, der EU-Kommission, dem Rat der EU und den EU-Aufsichtsbehörden.^[7] Es bringt die richtigen Menschen aus Mitgliedsunternehmen, Aufsichtsbehörden und Politik zusammen, um aktuelle Fragen rund um den Kapitalmarkt zu diskutieren.^[8] Zu den vielen Themengebieten, mit denen sich das Institut beschäftigt, gehören die Bankenregulierung, die Finanzmarktaufsicht und die Finanztransaktionssteuer. Das DAI interessiert sich für folgende Projekte

/Initiativen der EU: Projekt Kapitalmarktunion, Nachhaltigkeit und Sustainable Finance, Nachhaltigkeitsberichtserstattung, EU Lieferkettengesetz, Sustainable Corporate Governance, Investitionsschutz in Europa, European Market Infrastructure Regulation (EMIR) sowie Level 2- Maßnahmen im Bereich der EU-Finanzmärkterichtlinie und Verordnung (MiFID/MiFIR) sowie der Marktmissbrauchsverordnung, Marktmissbrauchs-Richtlinie (MAR/MAD), Bankenregulierung (Basel III), EU-Prospekteverordnung, EU-Listing Act.^[9]

Die Konferenzen und Jahrestagungen des DAI bringen Expertinnen und Experten aus Unternehmen, Politik und Ministerien zusammen. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Am 26.09.2023 gibt es beispielsweise eine Konferenz „EU Listing Act und Zukunftsfinanzierungsgesetz auf der Zielgeraden“ beim Verband unabhängiger Vermögensverwalter Deutschland, an der auch Alfred Sant, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (Malta, Partit Laburista) und Daniela Pferr, Referatsleiterin im Bundesministerium der Justiz teilnimmt. Nach eigenen Angaben gibt das Institut mit seinen [Positionspapieren](#) und [Studien](#) Politik und Gesellschaft Impulse für die Lösung kommender Herausforderungen. In ihnen werden Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben auf nationaler und EU-Ebene präsentiert. Als Grundlage für die Erarbeitung von Positionspapieren und Stellungnahmen dient der Austausch in den [Arbeitskreisen](#) des DAI.

Auf der Vorstands- und Mitgliederversammlung vom 9. Mai 2023 verwies Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des DAI, auf wichtige Positionspapiere zum Zukunftsfinanzierungsgesetz, zum EU Listing Act und zur EU-Taxonomie, die in den letzten Monaten in den Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.^[10] Zur Bankenregulierung wird berichtet, dass bei der Umsetzung von Basel IV voraussichtlich viele Anregungen des DAI berücksichtigt werden.^[11]

Lobbyisten und Lobbyausgaben

Wichtige Personen sind

- **Birgit Homburger**, Leiterin Hauptstadtbüro, ehem. Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, ist seit 03 /2016 Leiterin des Hauptstadtbüros
- Jan Bremer, Leiter EU-Verbindungsbüro

Im deutschen Lobbyregister gibt DAI an (Stand: 03.07.2023),

- im Jahr 2022 280.001 bis 290.000Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[12]

Auch im europäischen Transparenzregister ist DAI eingetragen. Dort hat DAI für das Jahr 2022 zwischen 300.000 und 399.999 Euro Lobbyausgaben und 12 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 4,7) angegeben.^[13]

Arbeitskreis "Roundtable European Affairs"

Um einen kurzen Draht der DAX-Gesellschaften zu den europäischen Institutionen zu etablieren, bietet das DAI Brüsseler Konzernrepräsentanzen seiner Mitgliedsunternehmen den Roundtable European Affairs als Gesprächsforum in Brüssel an.^[14] Neben der Diskussion aktueller Regulierungsvorhaben im europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht werde mit dem Roundtable der Dialog zwischen seinen Mitgliedern und Vertretern der EU-Institutionen vertieft und so Brücken zwischen Wirtschaft und Politik geschlagen. Mit Unterstützung der Roundtable-Teilnehmer könne kurzfristig und flexibel auf aktuelle Entwicklungen in Parlament, Rat und Kommission reagiert werden.

Arbeitskreis "Corporate Finance/Treasury"

Thema ist die politische Dimension des Finanz- und Finanzrisikomanagements und die Pflege der Kontakte zu Politik und Aufsicht.^[15] Aktuelle Themen sind:

- Effekte der Banken- und Kapitalmarktregulierung auf nichtfinanzielle Unternehmen
- Derivateregulierung EMIR
- MIFID II/MIFIR
- Basel III
- EU-Zahlungsdiensterichtlinie
- Reform und Regulierung von Finanzmarktbenchmarks
- Regulierung von Geldmarktfonds

Projektgruppe Investitionsschutz

Nach der vom Europäischen Gerichtshof angeordneten [Aufhebung der Investitionsschutzabkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten](#) arbeitet die Projektgruppe an politischen Vorschlägen für alternative Schutzmechanismen.^[16]

Wichtige Studien

- 2013: Das DAI kam in einer mit der Beratungsgesellschaft Oliver Wyman erstellten [Studie](#) zu dem Ergebnis, dass sich die Belastungen einer eingeführten Finanztransaktionssteuer außerhalb der Finanzbranche auf 5 - 7,3 Mrd. € belaufen dürften.^[17]

Deutsch-Französisches Forum für Führungskräfte und Investoren

Das Deutsch-Französische Corporate Executives and Institutional Investors' Forum ist vom DAI und der Association française des entreprises privées (AFEP) gegründet worden.^[18] Es richtet sich an börsennotierte und kapitalmarktorientierte Unternehmen und zielt darauf ab, die deutsch-französische Zusammenarbeit in Kapitalmarktfragen zum Nutzen der europäischen Wirtschaft zu intensivieren.

Fallstudien und Kritik

Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[19] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[20]

Das Deutsche Aktien Institut trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. So wurde zum Beispiel vom DAI eine schwere Belastung der Industrie proklamiert^[21] und man warnte vor angeblichen Folgen für die gesamte Wirtschaft inklusive der Altersvorsorge und dem Privatvermögen der Bürger:innen.^[22] Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen (unter Anderen: [Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), [Siemens](#), [Deutsche Bank](#)) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde.^[23] Am 22.05.2014 erschien eine Pressemitteilung, in welcher der Präsident des deutschen Aktieninstituts fordert, auch die verbliebenen Pläne für eine Finanztransaktionssteuer „müssen endlich beendet werden“.^[24] In ihrem Halbjahresbericht 2021 bekräftigte das DAI diese Einstellung erneut und forderte: "Die Finanztransaktionssteuer muss endlich beerdigt werden".^[25]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert*innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[26][27][28][29][30]}

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Der Geschäftsführung gehören an

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin^[31]
 - Mitglied des Aufsichtsrats bei Covestro, MTU Aero Engines, Siemens Energy und TÜV Süd
 - Mitglied des Börsenrates der Frankfurter Wertpapierbörse
 - Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums beim [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
 - Stellv. Vorsitzende des Verwaltungsrats des ifo Instituts
 - Frühere Tätigkeiten: Vorstand der Bayerischen Börse AG und Geschäftsführerin der öffentlich-rechtlichen Börse München.
- Franz-Josef Leven, Stellv. Geschäftsführer

Präsidium und Vorstand

Das Präsidium des DAI ist gesetzlicher Vertreter des Vereins im Sinne von § 26 BGB. Es wird vom Vorstand gewählt und führt die Geschäfte des Vereins, soweit hierfür nicht der Vorstand zuständig ist. Der Vorstand wird von den Mitgliedern gewählt. Die Präsidiums- und Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Ab 2009 war der jeweilige Präsident der Deutschen Bundesbank im Präsidium vertreten. Dort saß von 05/2023 bis 11/2023 auch Joachim Nagel, ihr derzeitiger Präsident. Nagels Vorgänger Jens Weidmann war in seiner Zeit als Bundesbank-Präsident seit 04/2013 ex officio Mitglied des Präsidiums des DAI. ^{[32][33]} In der [Satzung](#) findet sich keine Regelung, nach der der Bundesbankpräsident qua Amt Mitglied des Präsidiums ist. Später wurde Weidmann Aufsichtsratsmitglied des DAI-Mitglieds [Commerzbank](#).

Zu den Mitgliedern des Präsidiums gehören (Stand: 11/2023)

- Melanie Kreis (Präsidentin) , DHL Group
- Thomas Book, Deutsche Börse AG
- Frank Engels, Union Asset Management Holding AG
- James von Moltke, [Deutsche Bank](#)

Zu den Mitgliedern des Vorstands gehören (Stand: 09/2023):

- Mark Spieker, [E.ON](#)
- Dirk Schmitz, [BlackRock](#)
- Ulrich Störk, [PricewaterhouseCoopers](#)

Mitglieder

Am 30. Juni 2023 hatte das DAI 200 Mitgliedsunternehmen sowie 19 persönliche Mitgliedschaften. ^[34] Bei den Mitgliedern handelt es sich um Aktiengesellschaften unterschiedlicher Branchen, Banken und Finanzdienstleister, Investoren, Börsen sowie Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen und andere bedeutende Kapitalmarktakteure. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Weitergehende Informationen

- [EU Transparenzregister](#)
- [Lobbyregister](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Kapital.Markt.Kompetenz,dai.de](#), abgerufen am 20.09.2023
2. ↑ [Über uns](#), dai.de, abgerufen am 18.10.2023
3. ↑ [Bankenaufsicht](#), bundesbank.de, abgerufen am 21.10.2023
4. ↑ [Der Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht stellt sich zukunftsgerichtet neu auf](#), bundesbank.de vom 03.04.2023, abgerufen am 22.10.2023
5. ↑ [Imagebroschüre, S. 3](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
6. ↑ [Imagebroschüre, S. 13](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
7. ↑ [Imagebroschüre, S. 20, 24](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
8. ↑ [Imagebroschüre, S. 30](#), Webseite Deutsches Aktieninstitut, abgerufen am 26.11.2017
9. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.09.2023
10. ↑ [Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Hlabjahr 2023, S. 24](#), dai.de, abgerufen am 21.10.2023
11. ↑ [Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Hlabjahr 2023, S. 48](#), dai.de, abgerufen am 21.10.2023
12. ↑ [Eintrag Lobbyregister](#), abgerufen am 21.09.2023
13. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.09.2023
14. ↑ [Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Halbjahr 2023, S.81](#), dai.de, abgerufen am 20.09.2023
15. ↑ [Arbeitskreise](#), abgerufen am 25.09.2023
16. ↑ [Arbeitskreise](#), dai.de, abgerufen am 22.09.2023
17. ↑ [Börsensteuer verliert an Zuspruch](#) FAZ.net vom 09.09.2013, abgerufen am 12.09.2013
18. ↑ [Zusammenarbeit für ein stärkeres Europa](#), dai.de vom 19.10.2023, abgerufen am 22.10.2023
19. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
20. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
21. ↑ [Finanztransaktionssteuer unter Feuer: Großoffensive von Banken, Großindustrie, Wissenschaft und Bundesbank](#), awblog.at vom 20.06.2013, abgerufen am 05.11.2023
22. ↑ [Kurvenlage 1. Halbjahr 2021](#), dai.de, abgerufen am 05.11.2023
23. ↑ [Manolis Kalaitzake \(2017\): Death by a Thousand Cuts? Financial Political Power and the Case of the European Financial Transaction Tax](#), *New Political Economy*, S. 12 ff., researchgate.net, abgerufen am 05.11.2023
24. ↑ [Pressemitteilung](#), dai.de, abgerufen am 05.11.2023
25. ↑ https://www.dai.de/fileadmin/user_upload/DAI_21022_Kurvenlage_01_2021_210830_DS_150.pdf, S. 51.
26. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
27. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
28. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
29. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
30. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), *Le Monde diplomatique* vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
31. ↑ [Media-Kit](#), dai.de, abgerufen am 23.09.2023
32. ↑ [Pressemitteilung vom 17.04.2013](#), abgerufen am 20.09.2023
33. ↑ [Profil](#), austria.forum.org, abgerufen am 23.09.2023

34. ↑ Kurvenlage Halbjahresbericht des Deutschen Aktieninstituts 1. Halbjahr 2023, S.88, dai.de, abgerufen am 20.09.2023

European Services Forum

Das **European Services Forum (ESF)** ist eine einflussreiche Lobbyorganisation bedeutender europäischer Dienstleister und ihrer Verbände mit besten Kontakten zu den EU-Institutionen. Mitglieder des ESF sind zum Beispiel multinationale Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Banken und Versicherungen. Das ESF arbeitet eng mit [BusinessEurope](#) zusammen. Nach eigener Aussage beschäftigen die Mitgliedsunternehmen des European Services Forum insgesamt mehr als drei Millionen Arbeitnehmer in über 200 Ländern mit einem Jahresumsatz von insgesamt 500 Milliarden Euro. Außerdem repräsentiert das ESF 29 Wirtschaftsverbände, dessen Mitglieder insgesamt über 90 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. ^{[1][2]} Pascal Kerneis, der geschäftsführende Direktor des ESF, sagt über sich selbst: „Ich vertrete 80% aller Dienstleistungsexporteure und Investoren. Der Umsatz macht circa 50% der europäischen Union aus.“ (deutsche Übersetzung) ^[3]

European Services Forum (ESF)



Rechtsform Nicht profitorientiert - Kein rechtlicher Status

Tätigkeit Lobbytätigkeit zur Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen

Gründungsdatum 1999

Hauptsitz Brüssel

Lobbybüro Avenue de Cortenberg, 168, 1000 Brussels

Webadresse www.esf.be

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	45
1.1 Beziehungen zur EU-Kommission	45
1.2 EU-Gruppen	45
1.3 Seitenwechsel	45
2 Fallstudien und Kritik	46
2.1 2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	46
2.2 2011-2016: Lobbying für TISA	47
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	48
3.1 Organisationsstruktur und Personal	48
3.2 Mitglieder	49
3.3 Verbindungen	49
4 Finanzen	49
5 Kurzdarstellung und Geschichte	49
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
7 Einzelnachweise	50

Lobbystrategien und Einfluss

Zentraler Punkt der ESF-Tätigkeit ist die Liberalisierung des Dienstleistungssektors – in der Realität beinhaltet das auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Wasser. Das ESF nimmt auf bilaterale Verhandlungen der EU Einfluss, aber auch auf die Tätigkeiten der **Welthandelsorganisation** (WTO).^[4] Nach Aussage von Pascal Kerneis sind gerade internationale Handelsverträge – wie bei der WTO – für das ESF von Interesse, da solche Verträge über dem EU-Gesetz stehen und alle Mitgliedsländer der Europäischen Union einen Vertrag respektieren müssen, den die Union unterschrieben hat.^[5] International ist das ESF bestens mit anderen Verbänden vernetzt – wie beispielsweise der amerikanischen Coalition of Services Industries CSI.

Beziehungen zur EU-Kommission

Die Gründung des European Services Forum wurde von der EU-Kommission selbst angestoßen.^[6] Laut ihrer Webseite wird das ESF von der **EU-Kommission** und den EU-Regierungen als die Stimme der europäischen Dienstleistungsindustrie anerkannt. Es durfte als Teil der offiziellen Delegation der EU-Kommission an den WTO-Treffen in Seattle, Doha, Cancun und Hong Kong teilnehmen. Als "Business-NGO" hat die ESF bei der EU-Kommission einen Beobachterstatus ("observer status") und wird von den EU-HandelskommissarInnen direkt gebrieft. Es gibt regelmäßige Treffen der ExpertInnen der Wirtschaftsministerien der EU-Mitgliedstaaten mit den ESF-Mitgliedern im sogenannten 133er-Ausschuss (benannt nach Artikel 133 Abs. 3 EG - Vertrag). Nach Art. 133 führt die EU-Kommission Verhandlungen über eine gemeinsame Handelspolitik "im Benehmen" mit diesem Ausschuss. Nach Einschätzung des ESF werden im 133er-Ausschuss die eigentlichen Entscheidungen getroffen. Die Beziehung zwischen EU-Kommission und dem ESF ist in vielen Bereichen so eng, dass in dem Zusammenhang auch von „reverse lobbying“ also umgekehrtem Lobbyismus gesprochen wird: Oft begann das Forum erst mit seiner Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission, nachdem diese es dazu aufgefordert hatte. Man spricht hier von „privilegiertem Zugang“, denn andere Lobbyakteure werden oft nicht aktiv von der Kommission eingebunden.

EU-Gruppen

Das ESF gehört 2 **Expertengruppen der EU-Kommission** an. Unter anderem ist es in der Expertengruppe zu Handelsabkommen vertreten.^[7]

Seitenwechsel

- seit der Gründung des ESF im Jahr 1999 ist **Pascal Kerneis** der Managing Director. Zuvor arbeitete er als juristischer Sachverständiger für die **EU-Kommission** und als Lobbyist für den Europäischen Bankenverband (**European Banking Federation**). Dort war er in Verhandlungen der WTO zu finanziellen Dienstleistungen im Rahmen von GATS (General Agreement on Trade in Services) involviert.^[8]
- **Sir Thomas Harris** war von 2013 bis 2017 Vorsitzender des ESF. Zu Beginn seiner Karriere war er im diplomatischen Dienst Großbritanniens tätig und als Staatsmann für die britischen Werbeprogramme für den Handel mit den USA verantwortlich, bevor er Vizepräsident der **Standard Chartered Bank** wurde. Er sitzt im Vorstand von **TheCityUK** und in zwei Beiräten des **British American Business**.^[9]
- **Christoffer Taxell** war von 2007 bis 2013 Vorsitzender des ESF. Er gehörte von 1975-1991 dem finnischen Parlament an, unter anderem als Justizminister von 1979-1987 sowie als Minister für Erziehung und Wissenschaft von 1987-1990.^[10]

- Sir Ian Lord Vallenge of Tummel war von 2002 bis 2007 Vorsitzender des ESF. 2004 wurde er Mitglied des House of Lords für die Liberal Democrats in Großbritannien. ^[11]

Fallstudien und Kritik

2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Die enge Beziehung zwischen dem Forum und der Generaldirektion Handel der EU-Kommission spiegelt sich insbesondere in zwei Inhalten von TTIP wieder:

Zwischen 2012 und 2014, der Vorbereitungsphase und dem Beginn der TTIP-Verhandlungen, fanden zahlreiche Treffen des ESF mit der EU-Generaldirektion Handel statt. Dazu gehörten 19 Lobby-Kontakte (Beteiligung an öffentlichen Stakeholder-Meetings und Konsultationen) und 11 Treffen hinter verschlossenen Türen (exklusive Treffen zwischen ESF und EU-Generaldirektion). Damit hatte das European Services Forum gemeinsam mit der Arbeitgeber-Lobby, [BusinessEurope](#), die meisten Kontakte mit der GD Handel.

Zu den typischen Veranstaltungsformaten des ESF gehören die vierteljährlichen „Policy Committee Meetings“, bei welchen immer auch die Generaldirektion Handel vertreten ist. Alle sechs Monate sitzen dort auch hohe Beamte der EU-Mitgliedsstaaten mit am Tisch, die das ESF über den neusten Stand von verschiedenen Wirtschaftsverhandlungen aufklären. Normalerweise enden die Gesprächsrunden mit einem Cocktailempfang. ^[12]

Auch zu dem einflussreichen Ausschuss für Handelspolitik (Trade Policy Committee, TPC), welcher die Kommission bei der Aushandlung von Handelsabkommen mit Drittländern oder in internationalen Organisationen berät, pflegt das ESF engen und informellen Kontakt. Im März 2016 rief der Lobbyist Pascal Kerneis den Ausschuss dazu auf sich noch intensiver TTIP zu widmen. ^[13] Auch der Vorsitzende des ESF, Sir Thomas Harris plädierte an EU-Handelskommissarin Malmström für ein ambitioniertes TTIP, welches andere Abkommen wie [TISA](#), [GPA](#), oder [TPP](#) in ihrer Reichweite übertreffen sollte. ^[14] Malmström versicherte der Dienstleistungslobby daraufhin, dass die Kommission das Streben nach einem ehrgeizigen Dienstleistungsabkommen und einer weiteren Liberalisierung des Sektors mit den Unternehmensvertretern teile. ^[15] Im Juni 2016 formte das ESF gemeinsam mit anderen Verbänden und Konzernen die [Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition](#). Zusammen mit [TheCityUK](#), der [US-Handelskammer](#), dem [Trans-Atlantic Business Council](#) und vielen anderen, tritt das Forum dort für eine **regulatorische Kooperation** zwischen der EU und den USA ein. Dabei fokussiert sich die Koalition insbesondere auf die Regulierungszusammenarbeit im Finanzsektor. Denn eben diese Branche wurde vonseiten der US-Regierung nach der Finanzkrise im Jahr 2008 verstärkt reguliert. Eine regulatorische Kooperation würde die amerikanischen Standards demnach vermutlich senken. Die US-Regierung verweigerte sich deshalb bis dato diese bezogen auf den Finanzsektor einzuführen. ^{[16][17]}

Schiedsgerichte

Zu den umstrittensten Inhalten von [TTIP](#) zählen die Bestimmungen zum Investorenschutz. Der Mechanismus der Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) wurde von der Kommission geringfügig und medienwirksam in das Investment Court System (ICS) umgeändert. Inhaltlich geht es dennoch um dasselbe: Die Bestimmung soll Konzernen erlauben die EU und EU-Mitgliedsstaaten vor privaten Schiedsgerichten auf Entschädigung zu verklagen, sollte diese regulatorische Änderungen im Dienstleistungssektor vornehmen, welche die Profite der Unternehmen schmälern könnten. In der Vergangenheit waren bereits Regulierungen zu Höchstpreisen auf Wasser Grund für Klagen vor privaten Schiedsgerichten gewesen Die Regulierungshoheit von Staaten bleibt auch durch das ICS-System gefährdet, die Unabhängigkeit der RichterInnen an den Schiedsgerichten

bleibt zweifelhaft: Sie werden pro Klage bezahlt, was ein Interesse an einer Zunahme von Klagen begünstigt. Und: Es wird nicht explizit ausgeschlossen, dass die gleichen Personen, die schon unter dem ISDS-System RichterInnen waren, in dieser Position bleiben. ^[18] Das ESF argumentiert, dass starke Bestimmungen zum Investitionsschutz in der EU ausländische Direktinvestitionen anziehen würden. Laut der Dienstleistungslobby führt deshalb der Investitionsschutz zur Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum. ^[19] Dabei gibt es in der EU und den EU-Mitgliedsstaaten bereits funktionierende Rechtssysteme, die die Notwendigkeit von privaten Schiedsgerichten in Frage stellen. ^[20]

In diesem Kontext relevant: Das ESF traf sich auch mit dem Direktor für Dienstleistungen und Investitionen, Rupert Schlegelmilch. Das Forum erklärte später, dass „das Treffen von Rupert nachgefragt worden sei“. Er habe sich Impulse aus der Dienstleistungsbranche geben lassen wollen. Die Ansprache mit Vornamen zeugt erneut von der engen und informellen Beziehung des ESF zu den EU-Verhandlungsführern. ^[21]

2011-2016: Lobbying für TISA

Das European Services Forum trat vor allem im Vorfeld zu den [TISA](#)-Verhandlungen in Erscheinung, nahm aber als Teil der Global Services Coalition auch auf die Verhandlungen selbst Einfluss.

Vor [TISA](#) strebte man auf Ebene der WTO die Durchsetzung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) an. Ziel des GATS ist die fortschreitende Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen mittels regelmäßiger Verhandlungsrunden, in denen der Dienstleistungssektor schrittweise weitgehender liberalisiert und privatisiert werden soll. 2001 eröffnete die WTO eine neue Verhandlungsrunde, die Doha-Runde. Diese geriet allerdings schnell ins Stocken. Obwohl in der darauffolgenden Runde in Hongkong 2005 Teilergebnisse errungen werden konnten, zeichnete sich ein Stillstand der Verhandlungen ab. Im Dezember 2011 gab die WTO-Ministerkonferenz offiziell bekannt, dass die Verhandlungen zum Erliegen gekommen waren. ^[22]

Der US-amerikanische Dienstleistungsverband Coalition of Services Industries [CSI](#) und das European Services Forum gründeten daraufhin die Global Services Coalition. Mitglieder dieses Dachverbands sind außerdem Wirtschaftsverbände u.a. aus Mexiko, Australien, Kanada, Japan, China, Taiwan und Brasilien, Neuseeland, Kolumbien und Großbritannien ([theCityUK](#)). ^[23] Die GSC warb darauf für ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen außerhalb der WTO – [TISA](#). Sie konnte viele Staaten für dieses Vorhaben gewinnen: Neben den EU-Mitgliedsstaaten und den USA auch Australien, Kanada, Chile, Taiwan, Kolumbien, China, Japan, Korea, Mexiko, Panama, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, die Schweiz, Peru, Costa Rica, Israel und die Türkei. Der Staatengruppe, die sich den Namen „[Really Good Friends of Services](#)“ gab, gehören also vor allem starke Wirtschaftsnationen an. ^[24]

Erste Verhandlungen zu [TISA](#) wurden 2012 aufgenommen, Die [TISA](#)-Verhandlungen werden außerhalb der WTO geführt, langfristiges Ziel soll es den Really Food Friends of Services zufolge jedoch sein, [TISA](#) als multilaterales Abkommen in die WTO aufzunehmen. ^[25] 2013 übertrugen die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU ihr Verhandlungsmandat auf die Kommission. 2013 begrüßte das EU-Parlament die Aufnahme der Verhandlungen in einem Entschließungsantrag. ^[26]

Die im ESF zusammengeschlossenen großen, international agierenden Konzerne, wie [Deutsche Post](#), [Deutsche Telekom](#) oder [Siemens](#), standen hinter dem damals verhandelten Dienstleistungsabkommen [TISA](#). Ihr Interesse besteht darin, möglichst viele Handelsbeschränkungen zu minimieren oder zu beseitigen, mit dem Ziel weitere Märkte erschließen und Wachstum erzielen zu können.^[27] Die Gespräche zu [TISA](#) liefen ähnlich intransparent wie die Konsultationen zu [TTIP](#). Nach der 21. Verhandlungsrunde in Genf im November 2016 steckten die Verhandlungen jedoch fest. Die Global Services Coalition drückte darüber in einem öffentlichen Statement ihre Enttäuschung aus und forderte die verhandelnden Parteien dazu auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Verhandlungen fortzusetzen.^[28]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Organisationsstruktur und Personal

- **Vorsitzender (Chairman)**

[Noel Clehane](#) wurde am 12. Oktober 2017 in den Vorstand gewählt. Er ist Global Head of Regulatory & Public Affairs bei BDO Global, einem Unternehmensnetzwerk von Wirtschaftsprüfern, die zu den fünf größten Prüfungs- und Beraterorganisationen gehört. Er ist außerdem unter anderem bei [AmCham EU](#) und dem [Trans-Atlantic Business Council](#) tätig, in der Vergangenheit war er unter anderem bei der [Kangaroo Group](#) aktiv.^[29]

- **European Services Leader Group**

Diese setzt sich aus führenden Repräsentanten (GEOs oder Board members) der EFS-Mitglieder zusammen. Ziel dieser Gruppe ist es nach eigener Aussage, den EU-Handelskommissar, die Handelsminister der EU und andere in der Handelspolitik einflussreiche Gesprächspartner zu treffen, um die Liberalisierung des Investment- und Dienstleistungssektors voranzutreiben.^[30]

- **Policy Committee**

Dieses besteht aus Vertretern der EFS-Mitglieder und persönlichen Mitarbeitern von Mitgliedern der European Service Leader Group. Vorsitzender des "Policy Committee": [Tilmann Kupfer](#). Lobbyist für [British Telecom](#) in Brüssel, Mitglied des Board der [Kangaroo Group](#) und ehemaliger "Public Affairs Consultant" bei [Hill+Knowlton](#). ESF wirbt damit, dass alle drei Monate Treffen zwischen dem Policy Committee und Offiziellen der EU-Handelspolitik stattfinden.^[31]

- **Managing Director**

[Pascal Kerneis](#): Mitglied der [TTIP Advisory Group](#), siehe oben "Seitenwechsel"

Pascal Kerneis kommt in der Dokumentation „The Brussels Business – Wer steuert die Europäische Union“ (2012) selbst zu Wort. Darin beschreibt er unter anderem auch das Lobbying an sich: LobbyistInnen sind für ihn NetworkerInnen, VermittlerInnen und BotschafterInnen. Er selbst pflege Kontakt zu circa 100 Personen, die seiner Einschätzung nach wirklich einflussreich sind. Zu Lobbyismus in Europa sagt er: „Jeder geht davon aus, dass Gesetze in den Institutionen beschlossen werden, also in der Kommission, dem Ministerrat und dem europäischen Parlament. Aber dahinter spielt sich noch etwas ganz anderes ab, nämlich wie man die Institutionen beeinflussen kann. Und genau das hat mein Interesse am Lobbying geweckt.“ Die Genese des ESF im Kontext der GATS-Verhandlungen kommentiert er so: „Wir entdeckten, dass es in Washington eine ganze Welt von Lobbyisten gab, die ihren Regierungen diktierten, was sie verhandelt haben wollten.“

Daraufhin dachten wir: Diesen Weg sollten wir auch einschlagen. Die europäischen Institutionen verlangen danach. Die können sich nicht ausschließlich auf die Institutionen ihrer Mitgliedsstaaten und die Experten der Finanzministerien verlassen. Sie benötigen direkte Informationen von Banken und Versicherungsgesellschaften.“ Ebenso erläutert er seine Lobbystrategie: „Es reicht nicht, einmal Lobbying zu betreiben. Man muss dasselbe immer wieder reinhämmern. [...] Wir agieren langfristig. Ich würde nie behaupten, dass ich die Welt schon morgen ändern kann.“ ^[32]

Quelle: ^[4], Stand: Oktober 2018

Mitglieder

Die Mitglieder des ESF sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören 19 europäische Großunternehmen und 30 einflussreiche Unternehmensverbände mit Aktivitäten im Dienstleistungsbereich (von Finanzen über IT bis zu Logistik) wie [HSCB](#), [IBM](#) und [Microsoft](#). Zu den deutschen Mitglieder gehören der [Bundesverband der Freien Berufe](#) (BFB), die [Deutsche Bank](#), die [Deutsche Post DHL Group](#), die [Deutsche Telekom](#) sowie die [Commerzbank](#). Außerdem sponsert das ESF gemeinsam mit [BusinessEurope](#) die [European Services Platform](#) (ESP).

Verbindungen

- Das ESF arbeitet eng mit [BusinessEurope](#), der einflussreichen Arbeitgeber-Lobby zusammen; nach eigener Angabe sowohl bei alltäglichen Projekten, als auch bei sozialen, fiskalen oder juristischen Angelegenheiten.
- Mitglied in der [Global Services Coalition](#), einem internationalen Zusammenschluss von Dienstleistungsunternehmen und -verbänden. Aktuell drängt dieser auf den Abschluss des Dienstleistungsabkommens [TISA](#) hin und versucht darin Liberalisierungen, die über die Reichweite von [GATS](#) hinausgehen zu verwirklichen.^[33]
- Regelmäßiger Kontakt zu [Denkfabriken](#), wie [ECIPE](#), [CEPS](#), [EIAS](#) und [EU-Asia Center](#).^[34]

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2017 zwischen 200.000 und 300.000 Euro. Das Forums wird von den Mitgliedern durch jährliche Beiträge finanziert.^[35]

Kurzdarstellung und Geschichte

Es war die Idee der EU-Kommission eine europaweite Interessenvertretung für den Dienstleistungssektor zu schaffen. Den Grund dafür lieferten die Verhandlungen der Welthandelsorganisation ([WTO](#)) zum General Agreement on Trade in Services ([GATS](#)). Bei der konstituierenden Sitzung des European Services Forum im Januar 1999 bekannte der damalige EU-Handelskommissar [Leon Brittan](#), dass er künftig auf das Input und die Unterstützung des ESF zähle. Zusätzlich unterstrich er, dass er sich die Prioritäten der Dienstleistungslobby zur Verfolgung einer weiteren Liberalisierung des Handels zu Herzen nehmen würde.^[36] Der damalige Verhandlungsführer der EU-Generaldirektion Handel bemerkte, dass „für die Kommission der Beitrag des ESF absolut entscheidend ist. Die Verhandlungspositionen die wir einnahmen, glichen wir zuvor mit dem ESF ab, sodass wir sicherstellen konnten, dass diese seinen Bedürfnissen entsprach.“^[37]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [\[1\] European Services Forum](#), abgerufen am 14.11.18
2. ↑ [ESF members - Trade Associations](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
3. ↑ [The Brussels Business - Who runs the European Union?](#): Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
4. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 29
5. ↑ [The Brussels Business - Who runs the European Union?](#): Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
6. ↑ [The Brussels Business - Who runs the European Union?](#): Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
7. ↑ [Transparency Register](#), Transparency Register der EU-Kommission, abgerufen am 01.10.2018
8. ↑ [Biografie von Pascal Kerneis](#), abgerufen 26.09.2016
9. ↑ [Biografie von Sir Thomas Harris](#), abgerufen 26.09.2016
10. ↑ [CV Christoffer Taxell](#), European Services Forum, abgerufen am 01.10.2018
11. ↑ [Biografie Lord Vallence](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
12. ↑ [ESF-Broschüre 2014](#), abgerufen am 26.09.2016
13. ↑ [ESF, Email to Trade Policy Committee Members from Pascal Kerneis](#), Subject: Fw: European Services industries Call for an ambitious TTIP, 18.03.2016, liegt CEO vor
14. ↑ [ESF, Letter to Commissioner Malmström from Sir Thomas Harris](#), Subject: Call for an ambitious TTIP, 16.03.2016, liegt CEO vor
15. ↑ [Commissioner Malmström, Letter to Sir Thomas Harris 20.04.2016](#) abgerufen am 26.09.2016
16. ↑ [ESF et al, Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition: Financial Regulation in the TTIP, Juni 2016](#), abgerufen am 26.09.2016
17. ↑ [Politico Pro: Trans-Atlantic firms up ante on push for TTIP financial cooperation](#), Victoria Guida, 7.06.2016
18. ↑ [ISDS-Reform: In der Substanz ändert sich dadurch gar nichts](#) lobbycontrol.de am 10.12.15, abgerufen am 17.12.18
19. ↑ [Leaked document from 8 October 2015](#), Dokument liegt CEO vor
20. ↑ [TTIP: debunking the business propaganda over investor rights](#), CEO, Juli 2014, abgerufen am 27.09.2016
21. ↑ [CEO, Dataset for info-graphics on TTIP lobbying, for period Jan 2012 to Feb 2014](#), abgerufen am 26.09.2016
22. ↑ [Vorsicht, Tisa! Le Monde diplomatique](#) vom 11.09.14, abgerufen am 14.11.18
23. ↑ [Global Services Coalition Coalition of Services Industries](#), abgerufen am 14.11.18
24. ↑ [EU and ‚good friends‘ weigh international services pact](#) euractiv.com vom 09.10.12, abgerufen am 14.11.18
25. ↑ <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201310/20131025ATT73459/20131025ATT73459EN.pdf> Plurilateral Agreement on Services] Europäisches Parlament, abgerufen am 15.11.18

26. ↑ [Entschließungsantrag zur Einleitung von Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über Dienstleistungen](#) Europäisches Parlament, abgerufen am 14.11.18
27. ↑ [Geheime Verhandlungen über TISA-Abkommen - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit](#) tagesschau.de vom 19.06.2014, abgerufen am 20.06.2014
28. ↑ [GSC-TISA-Statement December 2019](#) Coalition of Services Industries, abgerufen am 14.11.18
29. ↑ [Biografie Noel Clehane](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
30. ↑ [\[2\]](#) European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
31. ↑ [\[3\]](#) European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
32. ↑ [The Brussels Business - Who runs the European Union?:](#) Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
33. ↑ [Global Services Coalition call on the TiSA negotiators to intensify efforts toward a high ambition agreement July 2016](#), abgerufen am 26.09.2016
34. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 26.09.2016
35. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 12.03.2018
36. ↑ [Sir Leon Brittan, Speech at the ESF launching session, 26 January 1999](#), abgerufen am 26.09.2016
37. ↑ [Lietaert, Matthieu \(2009\): New strategy, new partnership. EU Commission and the City of London in trade in services policy, paper prepared for the PSA annual conference, 7-9 April, Manchester, S.15, Übersetzung des Verfassers](#)